

Chance oder Dilemma?

Der Freisinn zwischen Staat und Wirtschaft

Von Peter Weigelt, Nationalrat (fdp., St. Gallen)

Der Freisinn gilt als Schöpfer des Bundesstaates und wird nach wie vor als die staatstragende Partei wahrgenommen. Gleichzeitig versteht sich die FDP aber auch als Wirtschaftspartei. Mit der unerwarteten Vakanz an der Führungsspitze der Partei stellt sich die Frage nach möglichen Zielkonflikten zwischen Grundsätzen einer freisinnigen Politik. Die NZZ hat FDP-Bundesparlamentarier um Stellungnahme gebeten; ein erster Beitrag stammt vom St. Galler Nationalrat und PR-Berater Peter Weigelt.

Die gegenwärtige Diskussion um eine Neubesetzung des FDP-Präsidiums verdrängt die sonst schon stiefmütterlich behandelte Programmatik innerhalb des Freisinns vollends. Die Strategie «Köpfe statt Programme» scheint endgültig zu obsiegen. Wenn hier trotzdem eine Lanze für eine freisinnige Grundsatzdiskussion gebrochen wird, so in der Überzeugung, dass die Wählerinnen und Wähler im kommenden Herbst an der Urne nicht nur über Köpfe, sondern auch über politische Konzepte entscheiden wollen.

In schwierigen Situationen lohnt es sich, mit einem Blick zurück die eigene Position und Herkunft auszuloten. Die FDP ist als Partei aus der Idee des Liberalismus herausgewachsen und hat Mitte des 19. Jahrhunderts den geistigen Boden zur Gründung der modernen Schweiz gelegt. So wurde damals, überzeugt von den Werten der individuellen Freiheit im bürgerlichen Staat, die Glaubens- und Gewissensfreiheit verwirklicht, die Justiz modernisiert und die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Der Zunftzwang wurde abgeschafft, Gewerbe und Handel wurden von protektionistischen Fesseln befreit, die kantonalen Zollschranken beseitigt sowie Masse, Münzen und Gewichte vereinheitlicht. All diese freisinnigen Ideen setzten sich ohne Parteistrukturen durch, erfolgte die formelle Gründung der heutigen FDP doch erst im Jahre 1894. Die späte Parteigründung widerspiegelt, wie sehr damals Ideen und Überzeugungen das freisinnige Handeln prägten. Gleichzeitig deckt sie die dem liberalen Denken inhärente Sorge auf, dass zentral geführte Organisationen die individuelle Freiheit ersticken.

Wirtschaft contra Staat?

Heute muss sich der Freisinn der Frage stellen, wie die Partei handeln würde, könnte sie alleine entscheiden. Denn die FDP-Wähler interessiert nicht der Kompromiss im politischen Tages-

geschäft, sondern der ideelle Kerngehalt freisinniger Politik, die gemeinsamen Überzeugungen und konkreten Handlungsdirektiven. Die FDP muss sich dabei im Spannungsfeld zwischen Staat und Wirtschaft bewähren. Denn einerseits erkennen viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in der FDP immer noch die staatstragende Partei, die sich über eine ausgeprägte Loyalität gegenüber den staatlichen Institutionen und ihren Amtsträgern definiert. Andererseits versteht sich die FDP seit Jahrzehnten als die Partei mit Wirtschaftskompetenz. Noch vor wenigen Jahren war diese doppelte Legitimation unproblematisch und selbstverständlicher Bestandteil unserer Politik. Mit der wachsenden Diskrepanz zwischen den öffentlichen Gemeinwesen und der Wirtschaft stellt sich aber zunehmend die Frage, ob sich die FDP gleichzeitig als staatstragende Partei wie auch als Wirtschaftspartei profilieren kann und darf.

Oder anders formuliert: Kann eine dem internationalen Wettbewerb ausgesetzte Wirtschaft eine Politik akzeptieren, welche auf den ungebrochenen Glauben an die staatliche Machbarkeit ausgerichtet ist? Und: Kann eine Partei, die Wirtschaftskompetenz für sich beansprucht, eine auf Schulden- und Subventionswirtschaft bauende Politik langfristig glaubwürdig mittragen?

Welchen Staat will die FDP?

Die Frage nach der konkreten Ausgestaltung der staatlichen Institutionen konnte in den Anfangsjahren des Bundesstaates noch ohne Probleme beantwortet werden, da Form und Inhalte dem Wesen des Freisinns entsprachen. Heute sieht die Ausgangslage völlig anders aus. Mit rund 20 Prozent Wähleranteil ist die FDP im Bundesparlament lediglich eine starke Minderheit. Die Unberechenbarkeit der CVP als bürgerlicher Partner hat zudem zur Folge, dass in der parlamentarischen Entscheidungsfindung freiheitliche

Positionen immer öfters auf der Strecke bleiben. Trotz der regelmässigen Diskrepanz zwischen freisinnigen Forderungen und den Resultaten der parlamentarischen Beratung wird die FDP auf Grund der skizzierten historischen Dimension mit den Ergebnissen der Parlamentsarbeit identifiziert. Die freisinnige Politik übernimmt in der öffentlichen Wahrnehmung somit die Verantwortung für Fehlentwicklungen, selbst wenn sie diese in der politischen Arbeit bekämpft hat. Aus diesem Dilemma kann sich die FDP nur befreien, wenn sie sich vom alten Dogma der staatstragenden Partei trennt und ohne jeden historischen Vorbehalt die Frage nach den Eckwerten einer freiheitlichen Gesellschaft in einer liberalen Staatsordnung zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellt. Erst wenn die FDP glaubwürdig definieren und kommunizieren kann, was sie will, wird sie nach innen wie nach aussen als politische Kraft wieder erkennbar. Es geht im Freisinn also nicht primär um die in den letzten Wochen diskutierte personelle Führung, sondern vielmehr um den Mut und die Kraft zu neuen, freisinnigen Visionen.

Für einen «starken schwachen Staat»

Unter den derzeitigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen muss die Frage nach einer freisinnigen Ausgestaltung der modernen Schweiz am paradoxen Leitmotiv «Für einen starken schwachen Staat» gemessen werden. Denn liberale Überzeugungen erfordern ein Gemeinwesen, das bezüglich seiner wirtschaftspolitischen Kompetenzen zur Intervention in den Marktprozess möglichst schwach ausgestaltet ist. Gesellschaftliche Veränderungsprozesse dürfen nicht durch staatliche Eingriffe beeinflusst werden. Der liberale Staat vertraut der Vernunft und glaubt an die Mündigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger. Damit diese freiheitliche Grundordnung langfristig gesichert werden kann, ist andererseits ein starker Staat gefordert. Die Gemeinwesen müssen den politischen Akteuren, die um staatliche Unterstützung buhlen, möglichst enge Gren-

zen setzen. Einseitige, interessenorientierte Interventionen in die freie Wirtschaftsordnung sind zu verhindern. Das Ziel eines starken Staates ist es insbesondere, die Eigentums-, Vertrags- und Wirtschaftsfreiheit zu garantieren, den Wettbewerb zu ermöglichen und die Sicherheit zu bewahren.

Für einen «starken schwachen Freisinn»

Aus den dargelegten Überlegungen ergibt sich, dass aus freisinniger Sicht ein Staat gefordert ist, der zur Durchsetzung seiner Kernkompetenzen stark, im Übrigen jedoch schwach ausgestattet ist. Ähnliche Überlegungen fordert die FDP in ihrer Rolle als staatstragende Partei. Auch die FDP muss stark und schwach zugleich sein. Stark dort, wo Ideen und politische Antworten gefragt sind, schwach, wo Parteibürokratie und interne Strukturdebatten dominieren. Der Freisinn hat nach der erfolgreichen Gründung unseres Bundesstaates rund 50 Jahre gebraucht, bis er sich zu einer nationalen Partei zusammenfand. Es ist wohl kaum Zufall, dass ausgerechnet in dieser unstrukturierten Phase die umwälzendsten freisinnigen Ideen lanciert und realisiert wurden. Das gilt auch für die FDP von heute, die ihre Energien nicht in Personal- und Strukturdiskussionen verpuffen darf, sondern in neue, freiheitliche Visionen und Botschaften investieren muss. Denn wenn der Freisinn seine liberalen Ideen wieder mit Leben und Visionen füllt, erübrigt sich auch die Frage nach der inneren Geschlossenheit. – Zurück zur im Titel gestellten Frage: «Freisinn zwischen Wirtschaft und Staat – Dilemma oder Chance?». Aus meiner Sicht heisst die Antwort heute «Dilemma». Gelingt es der FDP aber, die Vision eines starken und gleichzeitig schwachen Staates glaubwürdig zu definieren und nach aussen zu tragen, so wird aus dem heutigen Dilemma die freisinnige Chance für morgen. Die Chance einer starken und schwachen FDP zugleich.